

wird. Gewiß ist das durchaus wohltuende Verhalten mancher Fürsorgeverbände anzuerkennen, und namentlich bei uns in Sachsen dürfte die Rücksichtnahme auf die frühere soziale Stellung der Kleinrentner wohl die Regel bilden. Im übrigen wird aber in den Berichten und Verammlungen des Rentnerbundes noch ständig darüber geklagt, daß die Fürsorgeverbände nicht den nötigen guten Willen zur Durchführung einer etwas gehobeneren Fürsorge für die Kleinrentner betätigen. Insbesondere findet das Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums, wonach eine Verpflichtung zum Erwerb der Fürsorgeleistung unter Bestellung von Sicherheiten, wie Verpfändung der Möbel, nur ganz ausnahmsweise verlangt werden darf, viel zu wenig Beachtung. Die Kosten eines Rentnerversorgungsgesetzes werden, wenn man den in dem deutsch-nationalen Entwurf vorgeschlagenen Rentnerbegriff, den auch die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei in früheren Anträgen aufgestellt hatten, zugrunde legt, auf 197 Millionen Mark jährlich geschätzt, wovon aber etwa 80 Millionen abzugelassen sind, die durch das Herausfallen der 500-Mark-Rentner aus der Fürsorge frei werden; diesen also 117 Millionen. Um diesen Betrag nicht noch weiter zu erhöhen, erscheint es nicht angängig, noch unter die Grenze von 500 Mark hinauszugehen. Die 117 Millionen hängen zur Verfügung, wenn nicht Herr Hilferding die überleitete Lohnsteuerentlastung vorgenommen hätte, die in den Reichsstaten ein auf 120 bis 180 Millionen geschätztes Loch gerissen hat, während der Vorteil für die einzelnen „Begünstigten“ mit der Lupe gesucht werden muß. Trotzdem müssen auch so Mittel und Wege

gesucht und gefunden werden, um ungeachtet der Finanznot die soziale Ehrenschuld des Reiches gegenüber den Kleinrentnern abzutragen und so den noch fehlenden Schlüssen in die Entschädigung der mittelbaren Kriegsoffer einzufügen. Die Arbeit des Reichstags bedarf aber der verständnisvollen Ergänzung durch das Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium, die beide jetzt in sozialistischem Besitz sind. Die Sozialdemokratie als Partei, das bisher die Kleinrentnerversorgung nicht gefördert. Sie hat sich zwar in der letzten Zeit, durch den bürgerlichen Druck getrieben, äußerlich etwas freundlicher gegenüber den Kleinrentnern eingestellt, aber noch keinen Beweis dafür geliefert, daß sie ernstlich gewillt wäre, an der Heraushebung dieser sozialen Schuld aus der Fürsorge sachtlich und ohne parteipolitische Nebenabsichten mitzuwirken. Ihr praktisch unmöglicher Antrag, den Begriff des Kleinrentners bis auf 1000 Mark früheren Kapitalbestandes auszuweiten, läßt jedenfalls nicht auf guten Willen schließen. Vielleicht sind aber die neuen sozialistischen Herren im Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium von der höheren Warte ihrer amtlichen Stellung aus eher geneigt, den Kleinrentnern eine würdige Altersversorgung zu verschaffen, wie sie von der bürgerlichen öffentlichen Meinung, mit Unterstützung auch der kirchlichen Kreise, gefordert wird. Von Herrn Wissem verläutet, daß er ein Rentnerversorgungsgesetz nicht grundsätzlich ablehne. Einen klaren Ueberblick wird man erst gewinnen können, wenn sich die Sozialdemokratie endgültig entschieden hat, und wenn auch das Zentrum, das sich wie üblich bis zum letzten Augenblick in Schwelgen hält, seine Karten aufdeckt.

Eröffnung des Fernsprechverkehrs Deutschland-Buenos Aires

Berlin, 21. Dez. Anlässlich der heutigen Eröffnung des allgemeinen Fernsprechverkehrs zwischen Deutschland und Buenos Aires führte die Funkstunde Berlin mit der argentinischen Rundfunkgesellschaft in Monte Grande bei Buenos Aires ein Gespräch, das auf die Sender Berlin, Stuttgart, Königsbrunn, Magdeburg und Braunschweig übertragen wurde, so daß Tausende von Rundfunkhörern Ohrenzeuge dieses historischen Augenblicks sein konnten. Unmittelbar nachdem der Berliner Anrufer den Beginn der Verbindung angekündigt hatte, hörte man die Stimme des Beamten im Berliner Fernsprechamt, der der Funkstunde mitteilte: „Ich verbinde Sie jetzt mit Buenos Aires“, und nach wenigen Sekunden hörte man überraschenderweise auf gut deutsch über eine Entfernung von mehr als 12 000 Kilometern die Worte: „Gut, hier Buenos Aires!“

In Monte Grande meldete sich nämlich der technische Leiter des argentinischen Rundfunks, ein deutscher Beamter der Telefunken-Gesellschaft. Im Berliner Funkhaus ergriß nunmehr Alfred Braun das Wort, um auf die kulturelle und technische Bedeutung des Beginns eines regelmäßigen Fernsprechverkehrs zwischen Deutschland und Argentinien aufmerksam zu machen. Er schloß seine Ansprache mit einer Begrüßung an das argentinische Volk und seinen Rundfunk. Im nächsten Augenblick kam klar und ohne jede Störung von Südamerika her die Antwort. In spanischer Sprache feierte der Anrufer des argentinischen Rundfunks diesen Fortschritt auf dem Gebiete der Technik, der dazu beitragen werde, die Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien zu vertiefen. Nachdem auch noch der Vertreter der Telefunken-Gesellschaft in Buenos Aires der deutschen Heimat und insbesondere den Rundfunkhörern seine Grüße übermittelte hatte, spielte

das argentinische Rundfunkorchester das Deutschlandlied, worauf Berlin mit der argentinischen Nationalhymne antwortete.

Nach annähernd zehn Minuten Dauer war das Gespräch, bei dem namentlich die Neben- und die Musik aus Südamerika sehr klar vernehmbar waren, beendet. Die Übertragung des Ferngesprächs zwischen Deutschland und Argentinien erfolgt in der Weise, daß der Fernsprechteilnehmer in Deutschland über das Fernamt mit der Großstation Rauen verbunden wird, von wo aus dann sein Gespräch über den genau auf die geographische Lage von Buenos Aires gerichteten Kurzwellenstrahl, der nach dem Kadensystem arbeitet, übertragen wird. In etwa vier Sekunden ist der Ton, der in das Mikrophon des Telefons gesprochen wird, dann in Buenos Aires, denn bekanntlich legt die kurze Welle den Weg um den Erdball neunmal in einer Sekunde zurück.

Berlin, 21. Dez. Anlässlich der Eröffnung des Fernsprechverkehrs Deutschland-Buenos Aires sagte der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Direktor Richter, in einer Begrüßungsansprache u. a.: Wir sind dankbar für die uns heute gewährte Möglichkeit, zum ersten Male telefonisch die direkten persönlichen Beziehungen zu der Organisation der argentinischen Journalisten aufnehmen zu können, und wir hoffen aufrichtig, daß diese erste Fühlungnahme sich zu einer dauernden gestalten werde. Uns eint der gleiche Beruf und der gleiche Kampf für Wahrheit, Freiheit und Recht. Damit dienen wir der ganzen Menschheit; denn die Zeitung ist das hervorragendste Verkehrsmittel des Geistes.

Schurman's Dank

Heidelberg, 21. Dez. Der amerikanische Botschafter Schurman hat nach seiner Rückkehr nach Berlin an die Studentenschaft in Heidelberg das folgende Telegramm gerichtet: „Soeben nach Berlin zurückgekehrt, sende ich Ihnen, Kommissionen, die wärmsten Grüße und beglückwünsche Sie aus Anlaß der großen Feier am Montag, zu deren Erfolge Sie so hervorragend beigetragen haben. Ich war tief bewegt durch alle die einzelnen Aufmerksamkeit, die Sie mir erwiesen haben, besonders durch die Ehre Ihres großen Festes, wobei die Natur Sie in der Veranstaltung eines so romantischen und prächtigen Schauspieles unterstützte. Für alle Ihre aufmerksamen Freundlichkeiten, Kommissionen, danke ich Ihnen aus tiefstem Herzen. gez. Schurman.“ (W.T.B.)

Severing verteidigt seine Entscheidung

Berlin, 21. Dez. Ueber die Auswirkungen seiner Entscheidung hat der Reichsinnenminister Severing dem sozialdemokratischen Pressedienst folgende Angaben gemacht. In der erzeugenden Industrie sind rund 100 000 Arbeiter beschäftigt, von denen etwa 15 Prozent im Selbstlohn, 85 Prozent im Afford arbeiten. In der weiterverarbeitenden Industrie beträgt die Arbeiterzahl 120 000, von denen etwa 40 Prozent im Selbstlohn beschäftigt sind. Auch unter Jubelstimmung dieser Zahlen läßt sich genau noch nicht errechnen, wie sich in den Alters- und Lohngruppen die Lohn- und Affordverbesserungen auswirken. Das Lohnsystem der nordwestlichen Eisenindustrie hat sich allmählich so unübersichtlich gestaltet, daß es fast zur Geheimwissenschaft der unmittelbaren Beteiligten geworden ist. Gegenüber der kommunistischen Presse erklärt Severing weiter, daß die Lohn- und Affordverbesserungen nicht gerade wie Lohnfaktoren anmuten und die Verbesserungen in der Arbeitszeitregelung, die etwa 15 000 Arbeitern eine nicht unbeträchtliche Kürzung der Arbeitszeit brächten, läßen auch nicht gerade nach einem „Raub des Achtstundentages“ aus.

Die Begründung des Schiedspruchs

Berlin, 21. Dezember. In der Begründung des neuen Schiedspruches heißt es u. a., daß bis zum 31. Dezember 1928 die Vohnerhöhungen des verbindlich erklärten Schiedspruches gekannt seien, um dem Schlichtungsverfahren Achtung zu verschaffen. Weß das Schlichtungsverfahren auch Mängel auf, die eine Abstellung erfordern, so darf sich doch eine Partei über einen rechtsverbindlich erklärten Schiedspruch nicht mit einem wirtschaftlicher Selbsthilfe hinwegsetzen. Andererseits ist

die Wirtschaftslage in der nordwestlichen Eisenindustrie zurzeit keine besonders günstige.

Nichts deutet auch auf eine erhebliche Besserung in kurzer Zeit hin. Eine vollkommene Neuordnung war ohne ausführliche Vorarbeit mit den Parteien unmöglich. Daher mußte eine spätere Vereinbarung überlassen bleiben, die die Parteien ernsthaft versuchen und durchführen müssen. Bei Bemessung der Vohnerhöhungen war zu berücksichtigen, daß der Lebensunterhalt im Westen verhältnismäßig teuer ist.

Die finanzielle Auswirkung der Aufbesserungen hält sich in den Grenzen des Erträglichen.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie setzt nicht nur eine Erleichterung der Ausführungsbedingungen voraus, sondern vor allem eine gesunde und leistungsfähige Arbeiterschaft. Wäre die Schlichtungsbestimmung, daß das Recht zur Kündigung für jede Vertragspartei davon abhängt, daß sie die Kündigungsbillich den anderen Vertragsparteien wenigstens einen Monat vor dem Kündigungsstermin anzeigt, um gemeinsam die wirtschaftliche und soziale Lage zu klären, bereits in früherem Tarifbestimmungen enthalten gewesen, so wäre der Lohnstreit in der beklagten Form wahrscheinlich vermieden worden. Die festgesetzte Geltungsdauer der getroffenen Entscheidung ist diktiert von dem Wunsche, im Hinblick auf die wirtschaftliche und außenpolitische Situation Deutschlands eine längere Periode der Klärung und Festigung zu schaffen.

Kommunistische Versammlung ohne Besucher

Dortmund, 21. Dez. Die Kommunisten hatten für heute abend in einem Saal der Stadt eine Versammlung einberufen, die, wie man vermutet, zu dem heute gefällten Schiedspruch des Ministers Severing Stellung nehmen sollte. In der Versammlung waren nur etwa 25 Personen erschienen. Weder der Vorstand noch irgendein Redner ließ sich bilden, so daß die Versammlungsteilnehmer wieder nach Hause gehen mußten. Außer dieser Versammlung haben keine Demonstrationen stattgefunden.

Die Aufnahme des neuen Schiedspruches

Berlin, 21. Dez. In Arbeitgebertreuen verbucht man den Severingschen Schiedspruch dem „Deutschen Handelsblatt“ zufolge als einen grundsätzlichen Erfolg, da er doch in wesentlichen Punkten von dem völkischen Schiedspruch abweicht. Rein wirtschaftlich gesehen hält man jedoch den Schiedspruch wegen der damit verbundenen Vohnerhöhungen und der Arbeitszeitverlängerung für wenig tragbar. Man ist hierüber um so mehr erstaunt, als Minister Severing in der Begründung die außerordentlich schwierige Lage der Industrie jagt. Man verheißt auch nicht den Standpunkt des Ministers, der den völkischen Schiedspruch als untragbar erklärt, ihn aber bis Ende Dezember in Kraft treten läßt. Man sieht hierin gewissermaßen eine Bestrafung der Arbeitgeber für ihre Ausperrung und fürchtet, daß sich Schwierigkeiten daraus ergeben, wenn ab 1. Januar die Löhne teilweise wieder herabgesetzt werden. Die Auswirkung der hohen Löhne bis 31. Dezember ist um so härter, als für diesen Zeitraum bekanntlich, um den Anfall während der Ausperrung teilweise wieder weit zu machen, Sonntagsarbeit, die mit einem Zuschlag von 50 p. v. bezahlt wird, zugelassen ist. Anerkennung wird, daß durch die lange Laufzeit des Schiedspruches wenigstens für einen längeren Zeitraum stabile Verhältnisse geschaffen werden.

Ueber die Aufnahme des Severingschen Schiedspruches in den Kreisen der Metallarbeiterverbände ist Abschlüssendes noch nicht zu erfahren. Jedenfalls wird der Spruch auch von Seiten der Verbände einer erheblichen Kritik unterworfen, denn daraus deutet schon die Verschickung der Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes hin, die am heutigen Freitagnachmittag in Essen stattfinden sollte. Die Konferenz wird nunmehr am Sonnabendnachmittag in Essen im Gewerkschaftshause abgehalten werden und Stellung zu dem neuen Schiedspruch neh-

men. Ganz allgemein herrscht wohl in Kreisen der Verbände die Stimmung vor, daß der neue Spruch in Bezug auf die Lohn- und Arbeitszeitfrage für die Arbeitnehmer nicht ungünstig sei. Nur erwidern die Arbeitnehmer in der lang bekämpften Laufdauer des neuen Vertrages, besonders hinsichtlich der gleitenden Teuerungserhöhung eine gewisse Gefahr für die wirtschaftliche Stellung der Mitglieder. Es wird nicht übertrieben sein, zu sagen, daß die Verbände einem Schiedspruch mit kürzerer Laufdauer einseitig zustimmen hätten.

Zölle, Steuern und Abgaben vom 1. April bis 30. November

Nach der vom Reichsfinanzministerium ausgegebenen Uebersicht betragen die Einnahmen des Reiches in Willkür-Reichsstaten an fortbauenden Besitz- und Verkehrssteuern vom 1. April 1928 bis 30. November 1928 455,34, an einmaligen Steuern vom 1. April bis 30. November 5,78; Besitz- und Verkehrssteuern zusammen demnach vom 1. April bis 30. November 461,12. Im Reichshaushaltsplan war die Einnahme für das Rechnungsjahr 1928 veranschlagt auf 6000. Von Zöllen und Verbrauchsabgaben erbrachten veranschlagte vom 1. April bis 30. November 1861,87, andere vom 1. April bis 30. November 30,82. Zölle und Verbrauchsabgaben erbrachten demnach zusammen vom 1. April bis 30. November 1892,69. Im Reichshaushaltsplan für 1928 ist die Einnahme veranschlagt auf 2902. Die Gesamteinnahmen stellen sich demnach vom 1. April bis 30. November auf 6252,91. Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1928 veranschlagt auf 8802. Die Gesamteinnahme in den ersten acht Monaten des Rechnungsjahres von 6252,91 ist um 344,9 höher als acht Zwölftel des Jahresbolls von 8802 (acht Zwölftel von 8802 gleich 5908). Da jedoch in diesen Zeitraum drei Monate fallen, in denen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer zu entrichten waren, in die restlichen vier Monate aber nur noch ein solcher Monat fällt, läßt sich auf dieser Genußüberstellung noch kein bestimmter Schluß auf das endgültige Jahresergebnis ziehen. Insbesondere kann daraus ein Verbrauchsplan für das Reich nicht gefolgt werden, weil die Vorauszahlungen in den ersten acht Monaten in der Hauptsache aus Ueberwälzungen von Steuern herühren, an denen die Länder in größerem Ausmaß beteiligt sind.

Aman Allah bildet ein Freikorps

Neue Kämpfe bei Kabul

Konstantinopel, 21. Dez. Wie aus Teheran gemeldet wird, sind dort Nachrichten aus Afghanistan eingetroffen, die bezeugen, daß König Aman Allah ein Freikorps aus Angehörigen der dortigen Stämme bilde. Wie weiter gemeldet wird, sind am Freitag die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen neu entflammt. Türkische und russische Infanterie, die im Dienste der afghanischen Armee stehen, sollen an der Unterdrückung des Aufstandes teilnehmen. Dem König sei es gelungen, Kabul von den Aufständischen freizuhalten. Einer unbefestigten Meldung zufolge sollen zwei türkische Offiziere in den Kämpfen gefallen sein. Hauptkampfplatz der Kampfhandlungen sei zurzeit ein Hügel in der Nähe von Kabul. Die Verluste seien auf beiden Seiten erheblich.

Den letzten Meldungen zufolge gelang es den Regierungstruppen, die Aufständischen von den Vororten Kabuls zur Gebirgskette in Richtung auf Tschakar zurückzudrängen. Gestein eröffnen die Regierungstruppen den Angriff auf die von den Aufständischen besetzte Höhe Bagbala. Der Angriff entwickelte sich erfolgreich. Afghanische offizielle Kreise demontieren entschieden die im Auslande verbreiteten Meldungen, daß der König und die Regierung Kabul verlassen hätten. Die Regierung befindet sich in Kabul und beabsichtigt nicht, die Stadt zu verlassen.

Streik um den Aufstand in Afghanistan

Moskau bezieht England der Urheberchaft

Berlin, 20. Dez. Die Moskauer „Pravda“ macht heute interessante Mitteilungen über die Haltung Englands in den afghanischen Wirren. Sie erklärt, daß der bekannte frühere englische Oberst Lawrence, der auch in Deutschland durch sein Buch „Aufstand in der Wüste“ bekannt geworden ist, im Auftrag der englischen Regierung sich in Afghanistan aufhalte. Er habe die Erhebung gegen Aman Allah mit verurteilt. Die „Pravda“ hält diese Angaben gegenüber dem bereits erfolgten Dementi von englischer Seite zu ähnlichen Meldungen der russischen Presse vollkommen aufrecht. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit für diese Meldungen der „Pravda“ würde ja bestehen, wenn es zunächst zutrifft, daß Lawrence sich in Afghanistan aufhalte. Lawrence war bekanntlich der Organisator der Wüstenstämme gegen die mit Deutschland verbündete Türkei und hat durch sein ungewöhnlich vorhandenes Talent, orientalische Völkerverhältnisse englischen Interessen nutzbar zu machen, seinerzeit viel um militärischen Zusammenbruch der Türkei beigetragen. Die Sowjetpresse erklärt im übrigen einmündig, daß die gegenwärtigen inneren Kämpfe in Afghanistan darüber entscheiden würden, ob Afghanistan als unabhängiger Staat weiterbestehen oder zu einem indischen

Sofallenstaat herabstinken werde. Es sei unwahrscheinlich, daß die breiten Massen Afghanistans, die das Reformwerk Aman Allahs freudig begrüßt hätten, dem König nun gegen die Aufständischen nicht folgen wollten.

Wie aus London gemeldet wird, dauern die Kämpfe zwischen den afghanischen Königsstruppen und den Aufständischen auf der Höhe Kabul-Djalalabad weiter an. Der afghanische Außenminister und der Finanzminister sollen von Aufständischen gefangen worden sein. Die Aufständischen haben, wie es heißt, den Finanzminister sofort erschossen und den Außenminister als Geisel zurückbehalten. Der Kriegsminister wird mit einer kleinen Abteilung Königsstreuer in Djalalabad von den Aufständischen belagert.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind dort neue Nachrichten über die politische Lage in Kabul eingetroffen. Es wird angegeben, daß die Lage des Königs sich durchaus nicht gebessert habe, und daß seine Truppen Kampfmüde seien. Im Gegenfall dazu soll Aman Allah erklärt haben, daß er genügend Truppen gesammelt habe, um den Kampf gegen die Aufständischen wieder aufzunehmen. In nördlichen Teilen Kabuls haben sich schwere Zusammenstöße zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen abgesehen. Die Aufständischen haben Djalalabad umzingelt. Der Führer der Aufständischen hat die Stadt aufgefordert, sich zu ergeben. Den Aufständischen sind durch den Uebergang von Regierungstruppen zwei Bergbatterien in die Hände gefallen. In der Nähe der Stadt wurden mehrere Regierungsbeamte von den Aufständischen festgenommen und hingerichtet.

Kampf mit Aufständischen in Mexiko

London, 21. Dez. Wie aus Mexiko gemeldet wird, kam es in Jerez zwischen 150 Aufständischen und Regierungstruppen zu einem Gefecht, das drei Stunden dauerte. Im Verlaufe des Kampfes wurden neun Aufständische und fünf Soldaten getötet. Die Zahl der Verwundeten ist beträchtlich.



Zur **Gesundhaltung!**